



VORWORT

Potočniks Ressourcenrevolution

Seite 2

EIN NEUES POLITIKFELD

Entkopplung ist gefragt

Seite 3

ROADMAP AUS NGO-SICHT

Für einen effektiven Wandel!

Seite 5

WAHRE PREISE

Über ökonomische Instrumente

Seite 6

STRATEGIEN FÜR DIE PRAXIS

Policy Mix für Ressourcenschonung

Seite 8

PROGRESS 2011

Besser Wirtschaften in Deutschland

Seite 10

RESSOURCENEFFIZIENZ

Alles ist nur einmal da

Vorwort

Janez Potočniks Ressourcenrevolution mit gesundem Menschenverstand

WENN SIE MICH fragen, ist Ressourceneffizienz etwas ganz Einfaches – es ist schlicht gesunder Menschenverstand. In Anbetracht des raschen Wachstums der Weltbevölkerung und der globalen Nachfrage wird deutlich, dass wir einen kritischen Blick auf alle Ressourcen werfen müssen – wie Metalle, Kraftstoffe, Boden, Abfall. Denn diese Ressourcen sind für unsere Lebensgrundlage und -qualität entscheidend und ganz offensichtlich nicht endlos vorhanden. Wir müssen vor allem auch schnell handeln, weil wir schon jetzt die Ressourcen des Planeten über die Kapazitätsgrenzen hinaus beanspruchen.

Eines der größten Probleme ist, dass wir gefangen sind in einer Infrastruktur, politischen Denkstilen und Lebensgewohnheiten aus einer Zeit, in der die Ressourcen und Ökosysteme noch nicht so unter Druck standen. Diese schlechten Angewohnheiten sind zwar größtenteils das Resultat der Evolution und nicht etwa der Sehnsucht, unseren Planeten Erde zu zerstören; aber wir müssen sie dennoch verändern. Wir haben jetzt die Möglichkeit dazu. Der Übergang wird nicht einfach sein, aber er ist notwendig.

Wir werden unser Verständnis davon, was eine „Ressource“ ist, neu definieren und dabei beispielsweise Ökosysteme und die Biodiversität einschließen müssen. Diese bieten Dienstleistungen wie das Absorbieren von Kohlendioxidemissionen, das Bestäuben unserer Pflanzen, Hochwasserschutz und sichere Arbeitsplätze. Diese Art von Ressourcen müssen wir bewahren. Ebenso ist der Abbau von Hindernissen für Ressourceneffizienz notwendig. Und so, wie wir Barrieren wie negative ökonomische Anreize, restriktive Gesetzgebung und fehlende Kompetenzen beseitigen müssen, müssen wir auch dafür sorgen, dass der Markt diese Ressourcen entsprechend in Wert setzt.

Ressourceneffizienz ist wirklich ein Transformationsprogramm, durch das die Basissysteme, in denen Konsumenten und Unternehmen operieren – Energie, Industrie und Verkehr – fundamental verändert werden müssen. Das ist es auch, wozu wir in der Wirtschaftsstrategie „Europa 2020“ aufgerufen haben; deshalb bildet die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ der Europäischen Kommission einen Pfeiler der Europa-2020-Strategie.

Mein Blick auf eine Politik der Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz beschränkt sich nicht nur auf die Umweltpolitik. Ich glaube fest daran, dass wir durch den Schutz der Umwelt und der Biodiversität unsere eigene und auch zukünftige Generationen schützen. Aber ich verliere nie aus den Augen, dass Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik eng miteinander verbunden sind. Ressourceneffizienz verbindet diese Bereiche und

macht die Zusammenhänge offenkundig – ein Gewinn für die Umwelt und für eine gesunde Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ich glaube, dass wir durch geringeren Verbrauch – und mehr Wertschöpfung aus weniger Ressourcen – besser leben können. Ein geringerer Verbrauch bedeutet nicht nur, heute Kosten zu sparen, sondern auch, in der Zukunft mehr zu haben. Es bedeutet jetzt weniger Zerstörung, sodass sich Ökosysteme wieder erholen können. Es bedeutet außerdem mehr Widerstandsfähigkeit gegen zukünftige Marktschwankungen und weitere Änderungen der Umweltbedingungen.

Dieses Ziel zu erreichen, dabei soll die anstehende Roadmap für ein ressourceneffizientes Europa helfen. Sie soll uns unterstützen, Barrieren für Ressourceneffizienz in den Märkten und in unserer Politik abzubauen. Alle, die darin involviert sind – von der Regierung über Unternehmen bis hin zu allen Einzelpersonen – werden eine Rolle spielen. Das wird nicht über Nacht stattfinden, aber ich will, dass es ein weiterer einflussreicher und unumkehrbarer Schritt ist. Wer könnte am mittel- und sogar kurzfristigen Nutzen einer integrierten und alles einschließenden Ressourceneffizienzpolitik zweifeln? Es geht nicht um Geheimnisse, sondern einfach um gesunden Menschenverstand. Wir bewahren die natürlichen Ressourcen, sparen Kosten ein und schützen die Umwelt, von der wir abhängig sind, um unsere Lebensqualität aufrechtzuerhalten. Wir können widerstandsfähigere, effizientere und nachhaltigere Unternehmens- und Konsumstrukturen aufbauen. Dann können wir das, was wir bewahrt oder eingespart haben, in die Gesellschaft reinvestieren.

Das ist der eigentliche Sinn von Ressourceneffizienz und für mich die wahre Bedeutung von „Grünem Wachstum“. Das gilt für Europa, für alle Länder und für den gesamten Planeten. Der notwendige Umbruch hat das Ausmaß einer Revolution des gesunden Menschenverstandes. Nutzen wir jetzt diesen gesunden Menschenverstand, um die Revolution in Angriff zu nehmen!

Der Wirtschaftsfachmann Janez Potočnik aus Slowenien ist seit 2010 Umweltkommissar der Europäischen Kommission.



Kontakt:

Tel. +32 (0) 2 / 29-9225,

E-Mail: env-europa@ec.europa.eu,

www.ec.europa.eu/environment

Ein neues Politikfeld

Jetzt geht es um die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung

Seit ihren Anfängen befasst sich die EU mit Ressourcenpolitik. Angesichts von Rohstoffknappheiten und drängenden ökologischen Problemen ändert sich nun die Perspektive. Seit dem 6. Umweltaktionsprogramm und der neuen Europa-2020-Strategie wird Ressourceneffizienz zum umwelt- und wirtschaftspolitischen Leitgedanken.

ULRIKE MEINEL, NABU

DIE ENTWICKLUNG DER EU-Ressourcenpolitik reicht – sowohl in ihren ökonomischen als auch in ihren ökologischen Aspekten – weit in die Geschichte der europäischen Integration zurück. So bildete das gemeinsame Management natürlicher Ressourcen, neben friedenspolitischen Zielen, eines der Gründungsmotive für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951. Zugleich stellt die Schonung natürlicher Ressourcen einen Kernbestandteil von Umweltpolitik dar. Die europäische Umweltpolitik wurde mit dem ersten Umweltaktionsprogramm der EG 1973 etabliert und im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1987 rechtlich verankert.

Inzwischen ist ein Geflecht von ökologischen und ökonomischen Herausforderungen entstanden, das mit der (Über-)Nutzung natürlicher Ressourcen verbunden ist: der Klimawandel, der Rückgang der Biodiversität, Flächenkonkurrenzen beim Anbau nachwachsender Rohstoffe, Knappheiten bei bestimmten Rohstoffen, Importabhängigkeiten und schwankende Rohstoffpreise. Vor diesem Hintergrund hat sich eine neue Perspektive auf Ressourcenpolitik oder – anders gedeutet – ein neues Politikfeld herauskristallisiert. Dieses zeichnet sich durch folgende Grundelemente aus:

- ▶ der Fokus auf Knappheiten bei bestimmten Rohstoffen;
- ▶ das Ziel, Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung voneinander zu entkoppeln;
- ▶ eine Lebenszyklusperspektive, die daran ansetzt, den Ressourceninput und die damit verbundenen Umweltbelastungen in allen Phasen des Produktlebenszyklus zu minimieren;
- ▶ die Aufnahme nachhaltiger Produktions- und Konsummuster auf politische Agenden;
- ▶ die Betrachtung von Ressourcenschonung als Querschnittsaufgabe unterschiedlicher Politikfelder.

Für dieses Politikfeld wird im Folgenden der Begriff der Ressourceneffizienzpolitik verwendet, da der Begriff der Effizienz die aktuelle Debatte prägt; beispielsweise entwickelt die EU-Kommission zurzeit die „Roadmap für Ressourceneffizienz“. Dessen ungeachtet ist anzumerken, dass im Sinne einer schonenden Nutzung natürlicher Ressourcen der absolute Ressourcenverbrauch sinken muss und dies nicht allein durch Effizienzsteigerungen erreicht werden kann.

Die Entwicklung der Ressourceneffizienzpolitik lässt sich auf

europäischer Ebene in zwei Phasen unterteilen: Ressourceneffizienzpolitik nach dem sechsten Umweltaktionsprogramm der EU und daran anschließend die Europa-2020-Strategie.

Erster strategischer Anlauf: Das 6. Umweltaktionsprogramm der EU

Auf EU-Ebene wurde das Thema Ressourceneffizienz insbesondere seit dem 6. Umweltaktionsprogramm aufgegriffen, welches das Europäische Parlament und der Europäische Rat im Juli 2002 beschlossen haben. Zusammen mit der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, ebenfalls aus dem Jahr 2002, sollten ökologische und soziale Impulse als Ausgleich für die ökonomische Wachstumspolitik der Lissabon-Strategie gegeben werden.

Das 6. Umweltaktionsprogramm platzierte das Thema „Natürliche Ressourcen und Abfall“ als einen von vier Schwerpunkten für die Periode 2002 – 2010 und sah die Entwicklung einer „Thematischen Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ vor. Diese hat die Europäische Kommission im Dezember 2005 vorgelegt. Dabei stand die Frage, wie das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung zu entkoppeln sei, im Zentrum.

Inhaltlich zielte die thematische Strategie darauf ab, eine Wissens- und Datenbasis zu schaffen, die Anwendung strategischer Ansätze in den Mitgliedstaaten und Wirtschaftssektoren zu fördern, ein System der Berichterstattung zur Überwachung der Fortschritte zu entwickeln und allgemein das Problembewusstsein zu fördern. Die Schonung natürlicher Ressourcen sollte darüber hinaus in allen europäischen Politikfeldern als Querschnittsaufgabe Berücksichtigung finden.

In der Nachfolge der thematischen Strategie haben Deutschland, Frankreich und Finnland nationale ressourcenpolitische Strategien auf den Weg gebracht. Das Ziel der thematischen Strategie, die Politikgestaltung in allen Mitgliedstaaten und auf allen Ebenen – europäisch, national, regional und lokal – an Ressourcenschonung auszurichten, wurde jedoch nicht erreicht. Dies kann zum einen auf die Komplexität europäischer Politikgestaltung, zum anderen aber auch auf Defizite innerhalb der thematischen Strategie zurückgeführt werden: den Mangel an konkreten Maßnahmen sowie das Fehlen von quantitativen Indikatoren zur Erfolgskontrolle, von Zeitplänen und Sanktionsmechanismen.

Zweiter strategischer Anlauf: Die Europa-2020-Strategie

Nach dem Auslaufen der Lissabon-Strategie im Jahr 2010 hat die Europäische Union mit der Europa-2020-Strategie im Juni 2010 ihre grundlegende wachstumspolitische Ausrichtung verändert. So wird die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts nicht mehr paradigmatisch angestrebt. Vielmehr wird betont, dass Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union in Zukunft bestimmte Qualitäten besitzen soll: Es soll „intelligent, nachhaltig und integrativ“ sein.

In der Europa-2020-Strategie stellt Ressourcenschonung eines von sieben zentralen Handlungsfeldern dar und soll im Rahmen der Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ weiterentwickelt werden. Die Leitinitiative strebt einen strukturellen Wandel zentraler Wirtschaftssektoren an, beispielsweise des Verkehrssystems, der Energieversorgung, des Handels, des produzierenden Gewerbes, der Landwirtschaft und der Fischerei. Ziel der Leitinitiative ist es, einen Konsens über gemeinsame langfristige Ziele und Visionen der Ressourcenpolitik herzustellen. Konkrete Vorschläge für Politikmaßnahmen und Zeitpläne will die EU-Kommission in der „Roadmap für Ressourceneffizienz“ im Herbst 2011 veröffentlichen.

Umwelt- versus Wirtschaftsinteressen?

Anders als bei einigen traditionellen Bereichen der Umweltpolitik, wie zum Beispiel dem Ausbau erneuerbarer Energien, ist eine Steigerung der Ressourceneffizienz nicht mit einem strukturellen Gegensatz zwischen umweltpolitischen und (konventionellen) wirtschaftspolitischen Interessen verbunden. So wird eine gesteigerte Ressourceneffizienz auch von wirtschaftspolitischer Seite zunehmend als Voraussetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere des produzierenden Gewerbes, wahrgenommen.

Trotzdem haben sich die traditionellen umwelt- und wirtschaftspolitischen Lager auch in der Ressourceneffizienzpolitik bislang nicht aufgelöst. Dies zeigt sich unter anderem an einer mangelhaften strategischen Abstimmung zwischen den Politikfeldern. So bestehen in der europäischen Handels- und Industriepolitik parallel zu den oben dargestellten politischen Prozessen eigene ressourcenpolitische Strategien: die Handelsstrategie „Global Europe“ aus dem Jahr 2006 und die Rohstoff-Initiative des Jahres 2008. Ziel dieser Strategien ist es, die Versorgungssicherheit der europäischen Industrie mit Rohstoffen sicherzustellen. Dies soll durch handelspolitische Maßnahmen, durch die verstärkte Förderung von inländischen Rohstoffen in der EU und durch die Steigerung der Ressourceneffizienz geschehen.

Effizient, anders und weniger

Fragen der Ressourceneffizienz sind also in mehreren Strategien der Europäischen Union ins Zentrum gerückt. Da Ressourceneffizienz einen Schwerpunkt in der Europa-2020-Strategie darstellt, ist das Thema inzwischen an politikfeldübergreifender Stelle positioniert.

Effizienz:

Erhöhung der Ressourcenproduktivität, das heißt eine Reduzierung des Material- und Energieeinsatzes pro Produktionseinheit (zum Beispiel Material-Input pro Serviceeinheit=MIPS-Konzept). So stellt die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch (Dematerialisierung) eine Möglichkeit dar, Wachstumsgrenzen zu umgehen und langfristiges Wirtschaftswachstum mit weniger Folgeproblemen zu realisieren. Effizienz ist unzureichend, solange Wachstumsprozesse die Effizienzgewinne überkompensieren (Rebound-Effekt).

Suffizienz:

Lebens- und Wirtschaftsweise, die dem Überverbrauch ein Ende setzt, durch Weniger- und Andersverbrauch, Veränderungen des Konsumentenverhaltens beziehungsweise der Konsummuster.

Konsistenz:

Anpassung der Stoff- und Energieströme an die Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme, also naturverträgliche Bewirtschaftung der Materialflüsse. Es geht mehr um den Übergang zu naturverträglichen Technologien als darum, den Verbrauch zu verringern. [red.]

Für die zukünftige Ausrichtung der europäischen Ressourcenpolitik wird die von der EU-Kommission angekündigte „Roadmap für Ressourceneffizienz“ die Weichen stellen. Der Erfolg dieser Roadmap hängt davon ab, ob es gelingt, einen Konsens zu erreichen und konkrete Maßnahmen, Zeitpläne und Sanktionsmechanismen einzuführen.

Es ist jedoch zu betonen, dass angesichts der ökologischen und ökonomischen Probleme der Ressourcennutzung eine isolierte Steigerung der Effizienz zu kurz greift. Darüber hinaus wäre es notwendig, einen breiten politischen Diskurs über Fragen der Suffizienz in Gang zu bringen. Es ist erforderlich, dass die Worte „effizient, anders und weniger“ in der Ressourcenpolitik zusammen betrachtet werden und aus der Ressourceneffizienzpolitik eine umfassende Politik der Ressourcenschonung wird.

Ulrike Meinel arbeitet als Referentin in der NABU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Sie ist verantwortlich für ressourcenpolitische Fragen, insbesondere mit Blick auf Ressourcenknappheiten und Umwelttechnologien.

Kontakt:

Tel. +49 (0) 30 / 284984-1178

E-Mail: ulrike.meinel@nabu.de

www.nabu.de



Die EU-Kommission macht in ihrer Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ klar, dass „die Weiterführung unseres derzeitigen Musters der Ressourcennutzung keine Option“ ist. Die Umweltverbände Friends of the Earth Europe und Europäisches Umweltbüro nehmen die EU-Kommission beim Wort. In dem Positionspapier fordern sie, dass die Kommission in ihrer angekündigten „Roadmap Ressourceneffizienz“ konkrete Maßnahmen zur Ressourcenschonung vorsieht. Eine Zusammenfassung.

Roadmap mit konkreten Maßnahmen

Die bisherigen Richtlinien der EU für Ressourceneffizienz sind rückwärtsgerichtet und bieten keine realistische Lösung für die Mitgliedstaaten. Die EU sollte die Entwicklung der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen weltweit anführen, indem sie selbst mit einer Gesamtverringerung und dem nachhaltigen Verbrauch von Ressourcen Vorbild ist.

Das ist aber nur erfolgreich, wenn die EU folgende konkrete Handlungsansätze in ihre „Roadmap für Ressourceneffizienz“ (siehe S. 2 und 4) aufnimmt:

1. Erfassen des EU-Ressourcenverbrauchs anhand entwickelter Indikatoren;
2. Festlegung der Reduzierungsziele innerhalb von zwei Jahren;
3. verbesserte Produktpolitik;
4. Fokus im Abfallmanagement auf die Minimierung des Restmülls;
5. Gründung einer Agentur für Ressourceneffizienz;
6. Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität;
7. Abstimmung verschiedener EU-Politikfelder, einschließlich Landwirtschafts- und Energiepolitik sowie Kohäsionsfonds.

Messen des Ressourcenverbrauchs

Für ein transparentes und realistisches Messsystem sollte die EU-Kommission sofort vier Ressourcenverbrauchsindikatoren einführen:

1. Globaler Land-Fußabdruck;
2. Wasser-Fußabdruck;
3. CO₂-Fußabdruck;
4. Globaler Materialverbrauch (abiotisch und biotisch);

Diese Indikatoren können von der EU und ihren Mitgliedstaaten einfach und umgehend übernommen werden, da sie bereits gut entwickelt sind und die Lebenszyklusperspektive der Ressourcen berücksichtigen. So wird der im Import und Export enthaltene Ressourcenverbrauch einbezogen und gleichzeitig eine mögliche Verlagerung von Umweltbelastungen in andere Länder und Weltregionen erfasst. Zudem ermöglichen diese Indikatoren eine direkte Verbindung zu sozialen und entwicklungspolitischen Fragen, einschließlich Ressourcenarmut und gerechterer Verteilung der globalen Ressourcen.

Diese Ressourcenverbrauchsindikatoren sollten Bestandteil der Europa-2020-Strategie sein. Das wird ein deutliches Signal an die Mitgliedstaaten

und die politischen Entscheidungsträger sein, dass Ressourceneffizienz in einer Wechselbeziehung mit dem allgemeinen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Erfolg der EU steht.

Die Indikatoren sollten außerdem Teil der Folgenabschätzungen von Anträgen – zum Beispiel zur Verteilung von Geldern aus Struktur- und Kohäsionsfonds – sein, sodass eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs integraler Bestandteil des politischen Prozesses wird.

Reduzierungsziele bis 2013

Die EU-Kommission soll bis 2013 Ziele zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs erarbeiten. Beispielsweise sollte es eine sofortige Verpflichtung geben, Europas Land-Fußabdruck innerhalb von zwei Jahren zu verringern.

In Bezug auf Landnutzung heben Studien hervor, dass die steigende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten – wie Tierfutter, Biomasse und Agrotreibstoffen – einen starken Druck auf die weltweit zur Verfügung stehende Fläche ausübt, weil immer mehr Land zum Anbau dieser Produkte nachgefragt wird. Dies gefährdet die Landrechte und die biologische Vielfalt insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenstaaten. Eine Studie des Instituts für Europäische Umweltpolitik (IEEP) zeigt, dass allein die Einhaltung der 2020-Ziele bei Agrotreibstoffen im Verkehrssektor zu einer Erhöhung der indirekten Landnutzung zwischen 4,7 und 7,9 Millionen Hektar führt. Das entspricht etwa der doppelten Größe Belgiens. Damit trägt die weltweit erhöhte Nachfrage nach landwirtschaftlicher Nutzfläche zu verstärkten Waldrodungen, zu Umweltverschmutzungen, dem Anstieg klimawirksamer Treibhausgase und zum Wassermangel bei.

Bessere Produktpolitik

Die Produktpolitik müsste gestärkt werden, um sicherzustellen, dass die zukünftigen Produktions- und Konsummuster in Europa unsere Ressourcen schützen. Neben einer effektiveren europäischen Ökodesign-Richtlinie und der Kennzeichnung des Energieverbrauchs muss es eine erweiterte Produzentenhaftung sowie die Besteuerung weg vom Faktor „Arbeit“ hin zum Faktor „Ressourcen“ geben. Die Veränderung bei der Besteuerung dient zur Optimierung des Ressourcenverbrauchs bei der Herstellung

von Produkten. Eine erweiterte Herstellerverantwortung stellt sicher, dass alle externen Effekte eines Produkts innerhalb des kompletten Lebenszyklus im Preis enthalten sind. Das bedeutet, dass die gesamten internalisierten Umweltkosten und nicht mehr nur die End-of-life-Phasen von Produkten in Betracht gezogen werden.

Ein neuer Blick auf die Abfallgesetzgebung

Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen müssen Restabfall und gefährlicher Müll minimiert und vermieden werden. Eine Steigerung von Müllvermeidung und Wiederverwertung hat deutliche ökonomische, soziale und umweltbezogene Vorteile. Rund die Hälfte des städtischen, gewerblichen und industriellen Mülls in der EU wird als Abfall auf Deponien verbracht, obwohl er recycelfähig wäre. Das bedeutet einen finanziellen Wertverlust von mindestens 5,25 Milliarden Euro. Wenn die EU-Staaten ihre Recyclingrate auf 70 Prozent erhöhen würden, könnten über eine halbe Million neue Jobs geschaffen werden.

Weitere wichtige Aspekte sind außerdem eine Institutionalisierung des Themas durch die Gründung einer neuen Agentur, der Biodiversitätenschutz und die Integration von Ressourceneffizienz in andere Politikfelder.

Die Stärkung der Ressourceneffizienz ist eine Chance für Europa, für seine Unternehmen und seine Bevölkerung. Ressourceneffizienz ist eine Win-Win-Strategie. Sie bietet VerbraucherInnen und Unternehmen Einsparungsmöglichkeiten, während die Belastung der weltweiten natürlichen Ressourcen vermindert wird. [sg]

Europäisches Umweltbüro (EEB), Pieter de Pous,
Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891090, E-Mail:
pieter.depous@eeb.org, www.eeb.org

Friends of the Earth Europe (FoEE), Ariadna
Rodrigo, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 8931034,
E-Mail: ariadna.rodrigo@foeeurope.org

Vollständiges Positionspapier:
www.kurzlink.de/pos-resourceroadmap
(Original, englisch)
www.kurzlink.de/foe-eeb-ressourcen
(deutsche Übersetzung DNR)

Wahre Preise

Ökonomische Instrumente können einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten

Nachhaltige Ressourcenpolitik kann den Rahmen für die Steigerung effizienter Ressourcennutzung setzen. Dabei sollte das gesamte wirtschafts- und umweltpolitische Instrumentarium eingesetzt werden. Politische Rahmensetzung kann aber nur wirksam sein, wenn Preissignale in die richtige Richtung zeigen. Ökonomische Instrumente können dazu einen Beitrag leisten. EIKE MEYER, FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (FÖS)

NATÜRLICHE RESSOURCEN BILDEN das Fundament unseres Wohlstandes. Ihr übermäßiger Verbrauch verursacht jedoch auch gravierende Umweltfolgen und gefährdet unsere Lebensgrundlagen. In der Vergangenheit ist er weltweit rasant gestiegen: von etwa zehn Milliarden Tonnen 1920 auf rund 50 Milliarden im Jahr 2000. Für 2030 wird ein Verbrauch von etwa 100 Milliarden Tonnen prognostiziert.⁽¹⁾ Daraus entstehen Risiken für die Versorgungssicherheit, vor allem aber ein zunehmender Druck auf die Umwelt. Die Folgen des Ressourcenabbaus zum Beispiel durch Bergbau, Ölförderung, die Abholzung von Wäldern und weitere Aktivitäten sind weitestgehend lokal, der Treiber global. Um die Umweltfolgen auf ein ökologisch vertretbares Maß zu begrenzen, muss daher der globale Ressourcenverbrauch gesenkt werden. Die Steigerung der Ressourceneffizienz ist dafür eine Schlüsselstrategie.

Für diese Herkulesaufgabe muss das gesamte politische Instrumentarium ausgeschöpft werden: Umweltstandards müssen die schlimmsten Auswirkungen des Rohstoffabbaus vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern wirkungsvoller eindämmen. Zertifizierungssysteme können Anreize schaffen, auch in international verzweigten Lieferketten ökologische Standards durchzusetzen. Produktstandards sollten gerade in den Industrieländern eingesetzt werden, damit sich materialef-

fiziente Produkte auf den Märkten durchsetzen. All diese Instrumente werden jedoch nicht ihre volle Wirkung entfalten, solange die Preissignale in die falsche Richtung weisen.

Rohstoffmärkte kalkulieren Umweltfolgen nicht ein

Schaut man sich die Entwicklung der Rohstoffpreise über einen längeren Zeitraum an, lassen sich zwei Muster entdecken: sie schwanken periodisch und sie fallen – im 20. Jahrhundert um etwa 30 Prozent.⁽²⁾ Die starken Schwankungen lassen sich vor allem auf ausgeprägte Rigiditäten auf den Rohstoffmärkten zurückführen. Angebot und Nachfrage pendeln sich hier regelmäßig nur mit großer Zeitverzögerung ein, unter anderem weil die Erschließung neuer Vorkommen mit hohen Investitionskosten und großem Zeitaufwand verbunden ist. Der Rückgang der Preise lässt sich vor allem auf internationalen Handel und technologische Entwicklungen im Bergbau zurückführen und ist nur möglich, weil die Umweltfolgen des Rohstoffabbaus weitgehend externalisiert werden. Für kostspielige Innovationsprozesse auf dem Weg hin zu sparsamerem Materialeinsatz oder der Substitution kritischer Materialien schafft diese Preisentwicklung keine wirksamen Anreize.

Besteuerung des „ökologischen Rucksacks“



© cc-by-nc-sa/anis/flickr.com

Ökonomische Instrumente können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diese Fehlanreize zu korrigieren und bessere Rahmenbedingungen für eine Steigerung der Ressourceneffizienz zu schaffen. Sie sind zentraler Bestandteil einer modernen Umweltpolitik, die Umwelt- und Ressourcenschutz zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von BürgerInnen und Unternehmen macht, ohne dabei die individuelle Handlungsfreiheit unnötig einzuschränken. Steuern und Abgaben auf die Entnahme oder den Verbrauch von Ressourcen können die negativen Umweltauswirkungen teilweise internalisieren und langfristige Anreize für die Ausschöpfung von Ressourceneffizienzpotenzialen schaffen. Ganz im Sinne einer ökologischen Finanzreform geht es dabei nicht um eine Erhöhung der

Abgabenlast für Unternehmen und VerbraucherInnen. Stattdessen könnten die zusätzlichen Einnahmen zu Entlastungen an anderer Stelle verwendet werden – etwa der Faktor Arbeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten.

In Bezug auf Rohstoffe wäre die umfassendste Variante eine universelle Materialinputsteuer. Sie würde bei der Entnahme von Rohstoffen auf die Menge des extrahierten Materials erhoben und von den Förderunternehmen über den Preis weitergegeben werden. Auf diese Weise würde der gesamte „ökologische Rucksack“ des Ressourcenverbrauchs besteuert und die negativen Umweltfolgen des Abbaus teilweise internalisiert. Gleichzeitig könnten so Anreize für eine Steigerung der Ressourceneffizienz geschaffen werden, die entlang der gesamten Wertschöpfungskette wirken.

In Ländern, die wie Deutschland viele Rohstoffe importieren, könnte eine Materialinputsteuer allerdings zu großen Teilen nur als Steuerausgleich beim Import erhoben werden. Das ist handelsrechtlich prinzipiell möglich, praktisch allerdings mit der Herausforderung verbunden, dass viele Rohstoffe als Bestandteile von Halb- und Fertigwaren eingeführt werden.

Rohstoffgruppen differenziert betrachten

Zumindest mittelfristig, bis sich die Informationsflüsse über internationale Stoffströme weiter verbessert haben, lohnt es sich daher, das Potenzial für ökonomische Instrumente differenziert nach Rohstoffgruppen zu betrachten. Ein Viertel der in Deutschland geförderten Rohstoffe sind Energierohstoffe. Hier schafft die weit entwickelte Besteuerung des Energieverbrauchs bereits wirksame Effizianzanreize. Statt eine Inputbesteuerung zu erwägen, kommt es hier vor allem auf eine konsequente Weiterentwicklung des Bestehenden anhand des CO₂- und Energiegehalts und das Schließen von Lücken – zum Beispiel im Flugverkehr – an.

Sinnvoll erscheint eine Inputbesteuerung hingegen im Bereich der Baumineralien, die fast zwei Drittel aller in Deutschland entnommenen Rohstoffe ausmachen. Aufgrund ihres hohen Gewichts werden sie nur wenig gehandelt. Eine Besteuerung von Baustoffen würde also bei geringen Wettbewerbseffekten Effizianzanreize für einen bedeutsamen Teil des Ressourcenstroms schaffen.

Metalle schließlich werden in Deutschland gar nicht abgebaut und zum überwiegenden Teil als Bestandteile von Halb- und Fertigwaren eingeführt. Bevor hier der Materialinput besteuert werden kann, müssen noch Antworten auf die administrativen Herausforderungen von Grenzausgleichsmaßnahmen gefunden werden. Kurzfristig könnte aber geprüft werden, inwieweit Pfandlösungen oder Produktabgaben dazu beitragen können die Rückhol- und Recyclingraten von elektronischen Geräten zu verbessern und so zum effizienten Einsatz von Metallen beitragen können.

Darüber hinaus liegt das große Potenzial für Steuerungsef-

ekte durch Inputsteuern vor allem in rohstoffreichen Entwicklungsländern. Effizianzanreize, die hier durch die Erhebung von Steuern geschaffen werden, würden durch die Wertschöpfungskette weitergegeben und ihre Wirkung auch im produzierenden Gewerbe der Industrieländer entfalten. Darüber hinaus könnten Rohstoffsteuern hier eine besonders willkommene Einnahmequelle sein und dazu beitragen, dass die Bevölkerung vom Rohstoffreichtum ihres Landes profitiert.

Auf diese Weise können ökonomische Instrumente schrittweise dazu beitragen, dass die Preise nicht nur die ökonomische, sondern auch die ökologische Wahrheit sagen und gleichzeitig wirksame Anreize für einen schonenderen Umgang mit Ressourcen schaffen.



© cc-by/the-less/flickr.com

Anmerkungen:

- ▶ (1) Lutz, C./Giljum, S. (2009): Global resource use in a business-as-usual world until 2030. In: Bleischwitz, R./Welfens, P. J. J./Zhang, Z. X. (Hrs.), Sustainable Growth and Resource Productivity. Economic and Global Policy Issues.
- ▶ (2) UNEP (2011): Decoupling natural resource use and environmental impacts from economic growth. A Report of the Working Group on Decoupling to the International Resource Panel, S. 33. www.unep.org/resourcepanel (Resource Efficiency – Publications).

Der Verwaltungswissenschaftler Eike Meyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim FÖS. Er ist dort verantwortlich für den Bereich Ressourcenpolitik.



Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 7623991-40

E-Mail: eike.meyer@foes.de

www.foes.de/themen/ressourceneffizienz

Strategien für die Praxis

Ein Policy Mix soll die Ressourceneffizienz markt- und wettbewerbsfähig machen

Für Europa ist eine erfolgreiche Ressourcenschonung überlebenswichtig. Ein deutsches Forschungsprojekt hat dafür ein praxistaugliches Strategiepaket für die europäische und deutsche Politik erarbeitet, da der Markt die Ressourceneffizienzpotentiale allein nicht umsetzt. Dafür muss die Politik langfristige Rahmenbedingungen schaffen. KORA KRISTOF, UMWELTBUNDESAMT (UBA)

Die Gewinnung und Nutzung von Ressourcenz, die damit verbundenen Emissionen sowie die Entsorgung von Abfällen belasten die Umwelt. Knapper werdende Ressourcen, aber auch hohe und fluktuierende Rohstoffpreise, können außerdem zu starken ökonomischen und sozialen Verwerfungen in allen Ländern der Erde und zu Rohstoffkonflikten führen. Eine ineffiziente Ressourcennutzung führt zu Wettbewerbsnachteilen und gefährdet Arbeitsplätze. Eine Strategie zur Steigerung der Ressourceneffizienz kann diese Probleme begrenzen und wird daher zunehmend in Europa zum Thema. Bisher fehlten jedoch konsistente Strategien für eine erfolgreiche Ressourceneffizienzpolitik. Im Juli 2007 beauftragten das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt deshalb 31 Projektpartner unter Leitung des Wuppertal Instituts mit dem Forschungsprojekt „Materialeffizienz und Ressourcenschonung“ (MaRes). Ziel des Projekts war es, die Potenziale zur Ressourceneffizienzsteigerung zu ermitteln, Ressourceneffizienzpolitiken zu entwickeln und deren Wirkungen zu analysieren sowie die Umsetzung zu begleiten und die Ergebnisse zielgruppenspezifisch zu kommunizieren.^{^(1)}

Das ressourcenpolitische Ergebnis von MaRes lautet: Markt- und Staatsversagen sowie eine Vielzahl realer Umsetzungs- und Diffusionshemmnisse führen dazu, dass die wirtschaftlichen Vorteile der Ressourceneffizienz nicht allein im marktwirtschaftlichen Selbstlauf erreicht werden, sondern durch die „steuernde und helfende Hand“ des Staates mit induziert und flankiert werden müssen. Die Politik ist daher gefordert, die langfristigen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Märkte und Innovationen zur Steigerung der Ressourceneffizienz angeregt werden und damit auch einen Beitrag zu mehr Rohstoffsicherheit leisten.

Die Analysen im MaRes-Projekt waren die Basis für ein anschlussfähiges, effektives und zeitlich priorisiertes Politikmaßnahmenpaket.^{^(2)} Dieser Mix politischer Maßnahmen ist in die aktuell laufende Erstellung des deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRes) und in die Debatte der europäischen „Roadmap für Ressourceneffizienz“ eingeflossen.

Die Instrumente können in sechs Kernstrategien zur Steigerung der Ressourceneffizienz gebündelt werden.

1. Institutionen zur Umsetzung von Ressourceneffizienz

Für die Kernstrategie „Aktivierende Institutionen – Schlüssel für eine erfolgreiche Diffusion“ schlägt das Projekt drei Instrumente vor. Im Mittelpunkt steht ein bundesweites Impuls- und Beratungsprogramm zum Thema Ressourceneffizienz. Dieses wird gekoppelt mit dem Auf- und Ausbau der Agentur für Ressourceneffizienz, die vor allem der Dreh- und Angelpunkt aller Diffusionsaktivitäten in die Unternehmen ist. Erfolgreiche Umsetzung braucht nämlich „Kümmerer“. Da die Agentur Ressourceneffizienz auf Bundesebene schlank konzipiert werden soll, muss die Umsetzungsbegleitung vor Ort ausgebaut und verbessert werden.

2. Förderung von Innovationsprozessen

Die Kernstrategie „Innovationen eine Richtung geben – Nachhaltige Zukunftsmärkte für Ressourceneffizienzlösungen“ lässt sich verfolgen, indem in existierenden Förderprogrammen gezielt neue Schwerpunkte in Bezug auf das Thema Ressourceneffizienz etabliert werden. Da Risikokapital oder Venture Capital für die erfolgreiche Verbreitung im Markt eine wesentliche Voraussetzung ist, sollte der vereinfachte Zugang dazu gefördert werden. Neben der Beschaffung von Venture Capital ist die professionelle Umsetzung von Innovationsprozessen im Unternehmen und in der Kooperation mit anderen Unternehmen beziehungsweise Forschungsinstitutionen für Unternehmen entscheidend. Dafür wird die Förderung von Innovationsagenten und von Innovationslabors vorgeschlagen, die sich an der Ressourceneffizienz orientieren.

3. Ressourcenleichte Produkte und Dienstleistungen

Die Kernstrategie „Ressourceneffiziente Produkte und Dienstleistungen“ hat vier Ansatzpunkte, um ressourcensparende Anreizstrukturen zu schaffen, die die Markttransformation unterstützen: Erstens die Etablierung dynamisierter Standards und Kennzeichnungspflichten im Rahmen einer Erweiterung der EU-Ökodesign-Richtlinie auf alle Ressourcen. Daran direkt anschließend zweitens die Unterstützung eines ressourceneffizienzorientierten Produktdesigns. Drittens die Einführung einer Primärbaustoffsteuer nach britischem Modell. Viertens ein

Hybrid-Governance-Modell mit staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren, das Selbstregulierung und Wissensgenerierung in Wertschöpfungsketten mit ordnungsrechtlichen Ansätzen kombiniert mit dem Ziel, den Sekundärressourcenanteil seltener Metalle in Neuprodukten zu erhöhen.

Dynamisierte Standards:

Produktspezifische Mindeststandards, die auf die Input-Seite von Produkten gerichtet sind, bei der Phase des Produkt-Designs ansetzen und auf die Initiierung von Produktinnovationen bei den Herstellern zielen. Sie beziehen sich beispielsweise auf eine materialspezifische Mindestquote für den Anteil an Sekundärmaterial im Neuprodukt oder auf die Festlegung des spezifischen Ressourcenverbrauchs. Die Weiterentwicklung der gesetzten Standards erfolgt dynamisch im Rahmen von expertengestützten Dialogen, technischen Innovationen, Effizienzwettbewerb zwischen den Herstellern oder Top-Runner-Ansätzen (Orientierung an aktuell marktbesten Geräten).

4. Der Finanzsektor und Ressourceneffizienz

In der Kernstrategie „Anreize für Ressourceneffizienzlösungen über die Finanzwirtschaft“ soll eine Enquete-Kommission des Bundestages das Thema Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit für den Finanzsektor erschließen, in dem es derzeit kaum eine Rolle spielt. Außerdem sollen ressourcenbezogene Key Performance Indikatoren (R-KPI) entwickelt und eine entsprechende Datenbasis aufgebaut werden, die das Thema Ressourceneffizienz für die Entscheidungsroutrinen in der Finanzwirtschaft handhabbar machen (beispielsweise für Risikomanagement und Kreditvergaberegeln). Die R-KPI sollten auch für Finanzaufsicht und Unternehmensreporting genutzt werden.

5. Öffentliche Beschaffung nur noch ressourceneffizient

Die staatliche Nachfrage kann zielgerichtet Signale für die Marktentwicklung setzen, indem sie die Nachfrage nach ressourceneffizienten Produkten und Dienstleistungen steigert und damit die Entwicklungs- und Vermarktungsrisiken senkt. Die Kernstrategie „Staat als Nachfrager und Bereitsteller von Infrastrukturen“ verfolgt deshalb drei Ansatzpunkte: Erstens, der Staat soll nur noch auf Basis der Lebenszykluskosten einkaufen. Zweitens, die Bündelung der staatlichen Nachfrage nach innovativen Produkten soll einen Anreiz für Unternehmen setzen, insbesondere ressourceneffiziente Lösungen neu zu entwickeln. Das Risiko sinkt durch eine garantierte Mindestabnahmemenge. Drittens, die öffentlich bereitgestellten oder gesteuerten

Infrastrukturen sollen ressourcenintensiv sein; deshalb ist es wichtig, ihren Bau und Unterhalt nach Maßgabe der Ressourceneffizienzsteigerung zu verbessern.

6. Bewusstsein schaffen in den Köpfen

Die Kernstrategie „Veränderung in den Köpfen“ zielt auf (zukünftige) Entscheidungsträger in Wirtschaft, Verbänden, Politik und Wissenschaft und soll diese über das Thema Ressourceneffizienz informieren und zum Handeln und Umsetzen motivieren. Im Mittelpunkt steht dabei eine Kampagne für Ressourceneffizienz, für die im Rahmen des MaRes-Projekts eine umsetzungsreife Konzeption entwickelt wurde. Qualifizierungsangebote schaffen die Basis dafür, dass Steigerungen der Ressourceneffizienz erfolgreicher und mit weniger Aufwand umgesetzt werden können. Der Fokus sollte zunächst auf der Weiterqualifizierung von BeraterInnen liegen, auf der Etablierung einer „Virtuellen Ressourcenuniversität“ und auf der Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien für Schulen

Ressourcenbezogene Key-Performance-Indikatoren (R-KPI):

R-KPI sind um Ressourcenaspekte erweiterte Entscheidungsgrößen der Finanzwirtschaft beispielsweise zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von und der Kreditvergabe an Unternehmen sowie der Notierung von Unternehmen an den Wertpapierbörsen. R-KPI wollen Ressourceneffizienz als wesentlichen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit von Green-Tech-Unternehmen mit Ressourceneinsparungslösungen – sei es durch Produkt- oder Prozessinnovationen im Unternehmen – im Finanzsektor etablieren.

Anmerkungen

- ▶ (1) Kristof, K.; Hennicke, P. (2010): Endbericht des MaRes-Projektes, Ressourceneffizienz-Paper 0.2. <http://ressourcen.wupperinst.org>
- ▶ (2) Kristof, K.; Hennicke, P. (2010): Mögliche Kernstrategien für eine zukunftsfähige Ressourcenpolitik der Bundesregierung: Ökologische Modernisierung vorantreiben und Naturschranken ernst nehmen, RessourceneffizienzPaper 7.7. <http://ressourcen.wupperinst.org>

Die Volkswirtin Dr. Kora Kristof ist Leiterin der Abteilung I 1 „Nachhaltigkeitsstrategien, Ressourcenschonung und Instrumente“ des UBA.

Kontakt:
Tel. +49 (0)340 / 21032105
E-Mail: kora.kristof@uba.de
www.uba.de



Das nationale ProgRess 2011

Deutschland könnte zur ressourceneffizientesten Volkswirtschaft der Welt werden

Das Bundesumweltministerium hat ein Nationales Ressourceneffizienzprogramm vorgelegt. Das Ziel von ProgRess ist, Rohstoffe intelligenter zu nutzen, Produktion und Konsum zu ändern sowie die Kreislaufwirtschaft zu verbessern. Bei der Umsetzung ist allerdings nicht nur die Regierung gefragt.

REINHARD KAISER, BUNDESUMWELTAMT (BMU)

DER KLIMAWANDEL, DER Verlust der Artenvielfalt und der zunehmende Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen stellt uns zukünftig vor gewaltige Herausforderungen. Der Anstieg der Weltbevölkerung auf mehr als neun Milliarden Menschen im Jahr 2050 und dem Anstieg der Einkommen besonders in den aufstrebenden Schwellenländern wird auch der weltweite Verbrauch nicht erneuerbaren Ressourcen stark zunehmen, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Um die wachsenden Probleme zu entschärfen, müssen Wirtschaft und Gesellschaft besser mit den natürlichen Ressourcen und humanen Potenzialen umgehen lernen und technologische Innovationen gezielt vorantreiben. Der Schlüssel dazu ist eine bessere Ressourceneffizienz. Es geht, inspiriert durch die Natur, um die absolute Entkopplung von Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch.

Soll der Durchbruch zu einer weltweiten „Faktor-X-Politik“ gelingen, dann brauchen wir materielle Grundlagen einer auch für zukünftige Generationen stabilen Gesellschaft. Konzepte wie „Cradle to Cradle“ (von der Wiege zur Wiege), kommunale Null-Emissions-Strategien und die von dem United Nations Environment Programm (UNEP) gemeinsam mit dem Zero Emissions Research & Initiatives Network vorgestellten „Green Innovations“ zeigen, dass der Umstieg zu einer nachhaltigen Wirtschaft erfolgreich ist.

Deutschland hat beste Voraussetzungen, Triebkraft und Vorreiter bei dieser grundlegenden Transformation zu sein und zur ressourceneffizientesten Volkswirtschaft der Welt zu werden. Das Bundesumweltministerium (BMU) will mit dem Entwurf eines Nationalen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRess) dafür den strategischen Rahmen setzen.

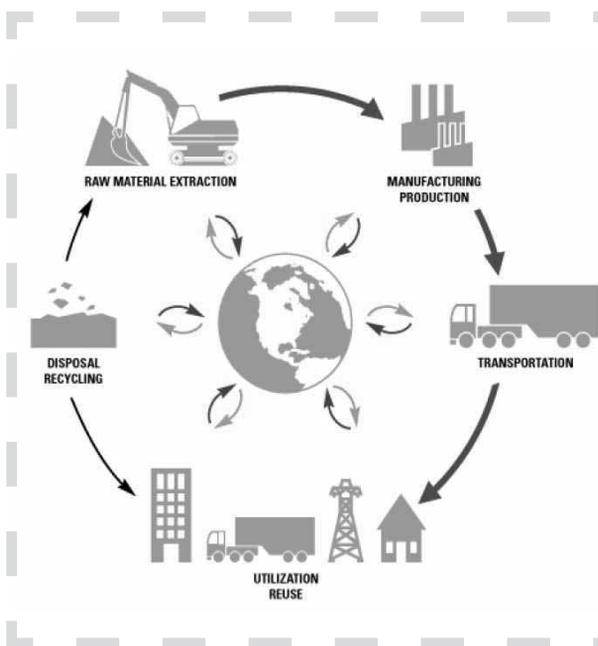
Vorgeschichte und Stand von ProgRess

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 hat ein klares, quantitatives Ziel: Die Rohstoffproduktivität, das Verhältnis von Bruttosozialprodukt zu den eingesetzten abiotischen Rohstoffen, ist bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. In der Bundesrepublik Deutschland hat es hierfür in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gegeben – bis 2009 konnte eine Steigerung der Rohstoffproduktivität in Höhe von 46 Prozent erreicht werden – aber wir sind noch weit entfernt vom Ziel.

Auf dem G8 Gipfel im Juni 2004 starteten die dort vertretenen Industriestaaten die „3R- Initiative“ (Reduce, Reuse, Recycle), die breite konzeptionelle Schritte zum effizienteren Umgang mit Rohstoffen einforderte und allgemeine Grundsätze dafür definierte. Im Dezember 2005 legte die Europäische Kommission ihre „Thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ vor, die – unter anderem – die Mitgliedstaaten aufforderte, nationale Ressourceneffizienzprogramme aufzulegen.

Das Bundesumweltministerium beantwortete diesen Impuls mit dem umfassenden Forschungsvorhaben „Material- und Ressourceneffizienz“ (MaRes, siehe Artikel S. 8), das in den Jahren 2007 bis 2010 die Grundlagen für ein deutsches Programm lieferte.

Darüber hinaus gründeten das BMU und der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) im Sommer 2009 als Gemeinschaftsprojekt das Kompetenzzentrum für Ressourceneffizienz (VDI ZRE), das nicht nur Anlaufstelle für Unternehmen in Fragen der Ressourceneffizienz ist, sondern auch die Erfahrungen aus der Wirtschaft in die konzeptionelle Arbeit des BMU einfließen



© cc-by-sa/National Institute of Standards and Technology's Manufacturing Engineering/commons.wikimedia.org

lässt.

Ende 2009 begannen dann die BMU-internen Vorarbeiten am Programm. Im Oktober 2010 beschloss das Kabinett auf Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums die deutsche Rohstoffstrategie und beauftragte dabei das BMU ein deutsches Ressourceneffizienzprogramm für die Bundesregierung insgesamt zu erarbeiten.

Der erste BMU-Entwurf⁽¹⁾ wurde im April dieses Jahres im Internet der Öffentlichkeit für rund sechs Wochen zur Beratung vorgelegt. Noch in diesem Sommer soll auf Basis der Rückmeldungen ein neu gefasster Entwurf erstellt, mit den anderen Ressorts der Bundesregierung abgestimmt und anschließend mit den Verbänden erörtert werden. Das Bundeskabinett will über das Programm Ende des Jahres beschließen, rechtzeitig vor dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel „Rio+20“, der im Juni 2012 in Brasilien stattfindet.

Dabei wird das BMU auch weitere Impulse der europäischen Ebene aufnehmen. Die Europäische Kommission hat im Januar ihre Mitteilung „Ressourcenschonendes Europa“⁽²⁾ vorgestellt, eine von sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020. Voraussichtlich im September wird die Kommission zur Umsetzung eine „Roadmap für Ressourceneffizienz“ vorlegen.

Die drei großen Bereiche von ProgRes: Rohstoffpolitik, Produzieren und Konsumieren, Kreislaufwirtschaft

Der Entwurf von ProgRes beschreibt die Herausforderung, diskutiert Indikatoren, definiert 20 Handlungsansätze und analysiert beispielhaft vier Stoffströme und fünf stoffstromübergreifende Handlungsfelder.

1. Der BMU-Entwurf konzentriert sich pragmatisch auf die abiotischen, nicht-energetischen Rohstoffe, deren Schonung oder effizientere Nutzung – im Gegensatz zu Wasser, Boden, Fläche, Biodiversität und Energie – bisher kaum Gegenstand eigenständiger übergreifender Politikprozesse sind. Ob das Programm auf weitere Ressourcen erweitert werden soll, wird im Laufe dieses Jahres diskutiert.

2. Produzieren und Konsumieren ist ein besonderer Schwerpunktbereich des Programms. Die verstärkte Nutzung von Umweltmanagementsystemen wie EMAS (Eco-Management und Audit Scheme) sowie Initiativen im Bereich der Normung können wichtige Effizienzbeiträge liefern. Die gezielte Nachfrage nach Innovation soll in vielfältigen Formen vorangebracht werden. Die Kommunen und regionalen Gebietskörperschaften haben dabei eine bedeutende Funktion, da sie für konkrete Projekte die maßgeblichen Akteure am besten zusammenführen können.

Der Effizienzgedanke muss viel stärker als bisher Bestandteil der Aus- und Weiterbildung werden. In den Schulen und Universitäten sollten die Vorteile der Ressourceneffizienz für Gesundheit und Wohlergehen erlebbar und integraler Bestandteil der Ausbildung sein.

Die öffentliche Beschaffung, insbesondere von Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, hat bereits einen wichtigen Ein-

fluss bei der Förderung der Energieeffizienz. Es wäre ein gewaltiger Sprung nach vorn, die Marktmacht und Vorbildwirkung der öffentlichen Hand auch für Ressourceneffizienz zu gewinnen. Dadurch ergeben sich nicht nur Ausgabeneinsparungen, sondern zusätzliche Innovationsanreize.

3. Im Kreislaufwirtschaftsgesetz ist Ressourcenschonung schon seit 1994 als Aufgabe definiert. Seine derzeitige Neufassung wird diesen Gedanken weiter stärken. In Deutschland wird in der Kreislaufwirtschaft verstärkt versucht, durch Wiedergewinnung von bereits eingesetzten Rohstoffen den Bedarf an neuen Rohstoffen zu verringern und langfristig dem Ziel in sich geschlossener Stoffkreisläufe möglichst nahe zu kommen. Sehr praktische Fragen stellen sich dabei, zum Beispiel: Wie bekommt man alte Handys aus Omas Kommode ins Recycling? Handys enthalten 40- bis 60-mal mehr Gold als Golderz.

Für die weiteren Schritte werden sowohl Visionen als auch Realitätssinn gebraucht

Der Beschluss über ProgRes im Kabinett soll nicht der Abschluss der Arbeit sein, sondern ein Auftakt. Das BMU wird im Jahr 2012 gemeinsam mit den für die jeweiligen Einzelpunkte federführenden Ressorts einen Implementierungsprozess gestalten, in dem die zahlreichen Akteure sich gegenseitig unterstützen und stärken, und in den folgenden Jahren regelmäßig über die Entwicklung und die neu entstehenden Handlungsbedarfe berichten.

Ressourceneffizienz ist bekanntlich eine Aufgabe, die viel Innovationserfolg verspricht, aber auch langen Atem, Phantasie, Visionen und einen ausgeprägten Realitätssinn erfordert. Das BMU setzt dabei auf die Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen für die Vielzahl der engagierten Schlüsselakteure, auf innovative Managementkonzepte und verantwortungsbewusstes Handeln von Unternehmern und Konsumenten.

Anmerkungen

► (1) www.kurzlink.de/bmu-progress-entwurf

► (2) www.kurzlink.de/KOM/2011/21

Der Diplommathematiker Reinhard Kaiser leitet die Unterabteilung „Ökologische Ressourceneffizienz, Bodenschutz“ des BMU. Zuvor arbeitete er unter anderem in den Bereichen Umwelt & Verkehr, Klimaschutz & Energie.



Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 18305-3805 oder -3806

E-Mail: reinhard.kaiser@bmu.bund.de

www.bmu.de

Der Deutsche Naturschutzring ist der Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände. Ihm gehören 98 Mitgliedsverbände an, die zusammen über fünf Millionen Einzelmitglieder vertreten.

Um der wachsenden Bedeutung der EU-Umweltpolitik Rechnung zu tragen, wurde 1991 die EU-Koordination des DNR gegründet. Sie koordiniert die europäischen Aktivitäten der deutschen Umweltverbände, stellt Kontakte mit Aktiven aus anderen europäischen Ländern her und nimmt Einfluss auf die EU-Politik. Mit Veranstaltungen, Besuchsprogrammen, Workshops und Veröffentlichungen informiert das Team die deutschen Umwelt- und Naturschutzverbände über aktuelle Entwicklungen auf der EU-Ebene. Als Mitglied des Dachverbandes Europäisches Umweltbüro (EEB) stimmt die EU-Koordination ihre Arbeit eng mit den Brüsseler Umweltverbänden ab.

Unsere Publikationen zu Schwerpunktthemen können kostenlos unter www.eu-koordination.de heruntergeladen werden.

Impressum

DNR-Themenheft I/2011

ISSN 1867-545X

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring (DNR) e. V.,
Geschäftsstelle Berlin, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin
Tel. +49 (0)30 / 678 1775-82, -81, Fax -80
E-Mail: redaktion@dnr.de
www.dnr.de/publikationen, www.eu-koordination.de

Redaktion: Susanne Graf, Juliane Grüning, Bjela Vossen, Matthias Bauer, Stefanie Langkamp, Antje Mensen

Grafik/DTP: Susanne Graf, Juliane Grüning, Matthias Bauer

Layout: Michael Chudoba

Titelfotos: cc-by/Andrew C. Parnell/flickr.com, cc-by-sa/Franzfoto/wikipedia.org, cc-by-sa/twicepix/flickr.com

Druck: Pachnicke, Göttingen

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers/der Förderer wieder.

Förderhinweis: Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.



DNR
Deutscher Naturschutzring